

Die imaginäre Indexrechnung

Seit dem Erscheinen unseres ersten Aufsatzes über Indexfragen ist der Preis ausländischer Zahlungsmittel weiter gestiegen, und damit abermals die Neigung verstärkt, in alle Kalkulationen einen der Devisenbewegung entsprechend gleitenden Faktor einzustellen. Obwohl die Tendenz, sich hierfür der Dollarnotiz zu bedienen, sicher gewachsen ist, sollen hier doch die Betrachtungen über irgendwie geartete Indexrechnungen fortgeführt werden, weil die etwaigen Ergebnisse allgemeine Gültigkeit haben.

Zwei Sätze seien, um Mißverständnisse im Inland und im Ausland zu vermeiden, vorangestellt. Erstens: Weitgehende Verwendung auf Indexskalen gleitender Preise für Sachen und Leistungen muß im gegenwärtigen Stadium zu einem progressiv beschleunigten Ansteigen aller Preise und entsprechend beschleunigten Währungsverfall führen. Zweitens: Ein völkerrechtlich oder moralisch zurechenbares Verschulden hieran trifft Deutschland nicht. Es ist durch äußere Umstände in die gegenwärtige Gefahr gebracht worden, wobei die Führer der Ententestaaten sich über die Folgen ihrer Politik nicht im Unklaren sein konnten. Eine Mitschuld würde Deutschland jedoch dann treffen, wenn es der Gefahr mit moralischer Selbstaufgabe, passiver Hingabe an das Unglück, statt mit Zusammenfassung der letzten geistigen und sachlichen Energien begegnete. Schlimmer als eine mit Substanzverlust verbundene Papiermarkbilanz ist eine „Edelbilanz“, bei der Mut, Urteilskraft, Gemeinsinn und Opferbereitschaft je auf eine Mark abgeschrieben sind.

Als Beispiel für eine Preisbildung auf Indexbasis soll hier das Verfahren analysiert werden, das der Börsenverein des Deutschen Buchhandels in Verbindung mit dem Deutschen Verlegerverein festgesetzt hat. Die wichtigsten Bestimmungen der Bekanntmachung vom 8. September 1922 lauten:

„Der Verleger setzt für seine Werke bestimmte, möglichst gleichbleibende Grundzahlen fest. Diese Grundzahlen ergeben multipliziert mit einer entsprechend den Schwankungen des Geldwertes wechselnden Schlüsselzahl den jeweils in Papiermark gültigen Ladenpreis des Verlegers.

Die Schlüsselzahl drückt mithin in Zeiten sinkenden Geldkurses den Grad der Geldentwertung aus, den der Buchhandel bei Steigerung seiner Herstellungskosten zu tragen hat.

Die Schlüsselzahl wird von den unterzeichneten Vorständen festgesetzt und jeweils nach Tempo und Umfang der Schwankungen des Geldwertes erneut bekanntgegeben.

Die Grundzahl wird erstmals von jedem einzelnen Verleger individuell in der Weise gewonnen, daß der vom Verleger in Papiermark erstrebte Ladenpreis dividiert wird durch die gleichzeitig gültige Schlüsselzahl; die Grundzahl ist mit anderen Worten so anzusetzen, daß sie, multipliziert mit der Schlüsselzahl, ohne weiteres den gewünschten Ladenpreis ergibt.“

Während der erste Satz allgemein von den Schwankungen des Geldwertes spricht, nähert sich der zweite einer richtigeren Tatbestandsbeschreibung durch die Wendung: „Die Schlüsselzahl drückt . . . den Grad der Geldentwertung aus, den der Buchhandel bei Steigerung seiner Herstellungskosten zu tragen hat.“ Würde hiernach verfahren, wäre also der Schlüssel berechnet aus den durchschnittlichen Kostensteigerungen in Buchproduktion und -vertrieb, so wäre die Formel unter den gegenwärtigen Verhältnissen zweckmäßig, da sie dem Verlangen nach rascher Anpassung an erhöhte Gesteigungskosten, nach Durchsichtigkeit und Publizität der Preisbildung in denkbar einfachster Weise genüge. Der Börsenverein war überdies auf dem Wege richtiger Erkenntnis, als er seinen Mitgliedern emp-

fahl, die Ausgangsgröße nicht „Goldmark“ oder „Friedensmark“, sondern „Grundzahl“ zu nennen, und bei der „Schlüsselzahl“ eben nur von dieser, aber nicht von einem „Entwertungsfaktor der Mark“ zu sprechen. Hätte man diesen Weg befolgt, einen Index nur aus den zum Kreise des Buchgewerbes gehörenden Preisfaktoren zu errechnen, so würde selbst dies wirtschaftlich durchaus zu billigende Verfahren zwei Mängel gehabt haben. Da bei der Schlüsselberechnung auch die unter den ungünstigsten Bedingungen arbeitenden Betriebe mit zu berücksichtigen wären, so würde den vorteilhafter arbeitenden nach dem allgemeinen Rentengesetz eine preisverteuernde Differentialrente zufallen; freilich würden solche Verleger, sobald dies ihren Absatz einschränkte, wohl eine Herabsetzung ihrer Grundzahlen vornehmen. Eine schwierigere Folge wäre die Rückwirkung auf Löhne und Gehälter. Der Buchgewerbeindex würde Kostenelemente von erheblicher Variationsbreite umschließen. Beispielsweise wird sich die Miete von Juli bis September nur geringfügig verändert haben, während der Preis für ein Kilogramm Zeitungsdruckpapier im Juli 20 *M*, am 15. Sept. aber 84 *M* betrug. Dieser Preissteigerung um 320 % steht eine Erhöhung der Lebenskosten von Juli bis September um rund 140 % gegenüber. Es wird nun unter den Arbeitskräften sicher dann, wenn ihnen diese Berechnung vorteilhaft erscheint, sobald also die Teuerungszahl unter dem Mittelwert bleibt, eine Neigung entstehen, die Erhöhung ihrer Bezüge nach Maßgabe der Schlüsselzahl zu verlangen, da sie in dieser nach populärer Denkweise die seit ihrer vorherigen Festsetzung eingetretene „Entwertung“ der Mark sehen. Die praktisch sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten sollen nicht überschätzt werden. Wenn jedoch schon ein wirtschaftlich richtiges Preisbildungsverfahren solche Fehlerquellen aufweist — wobei das Verhältnis des schon feststellbaren zum nur geschätzten Wiederbeschaffungspreis noch nicht berührt wurde —, so ist ersichtlich, daß diese Mängel sich steigern müssen, sobald für die Preisgestaltung nicht von den speziellen Kosten des Wirtschaftszweiges, sondern von einem irgendwie konstruierten Geldentwertungsfaktor ausgegangen wird. Und diesen Weg hat das Buchgewerbe trotz beinahe richtiger Einsicht gewählt.

In einem Aufsatz über „Grundzahl und Schlüsselzahl“ („Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ Nr. 226, 27. Sept. 1922) wird zunächst mit volkswirtschaftlich sehr beachtenswerten Gründen gegen die mechanische Verwendung des Wiederbeschaffungspreises Stellung genommen, der freilich, neben anderen wirtschaftlichen Faktoren, immer mit herangezogen werden muß. Dann aber wird in weiteren Ausführungen der Gedanke von Satz 2 der Bekanntmachung vom 8. Sept. 1922, daß die spezielle Kostensteigerung des Buchhandels maßgebend sein solle, völlig verlassen und von dem Begriff einer allgemeinen Geldentwertung ausgegangen, als deren Meßzahl der Goldankaufspreis der Reichsbank akzeptiert wird. Hiernach wurde die am 8. Sept. festgesetzte Schlüsselzahl von 60 am 27. Sept. auf 80, am 12. Oktober auf 110 erhöht. Den wechselnden Produktionsverhältnissen der Betriebe wird der Verleger durch Festsetzung seiner Grundzahlen gerecht. „Er setzt seine Preise in der Tat wie früher ganz frei und nach eigenem Ermessen auf Grund seiner Kalkulation fest, nur nicht wie bisher in einer schwankenden Währung, wie es unsere Papiermark leider geworden ist, sondern in einer dank der Mitwirkung der Organisationen wieder geschaffenen durchaus stabilen Währung, gewissermaßen in Buchhändlermark.“ In diesen letzten Worten liegt der Fehler. Von „Buchhändlermark“ dürfte gesprochen werden, wenn die Schlüsselzahl wirklich nach speziellen durchschnittlichen Kosten des Buchgewerbes berechnet würde. Ihre Anlehnung an den vom

Devisenpreis der Goldwährungsländer abhängigen, im übrigen aber nach währungspolitischen Zwecken festgesetzten Goldankaufpreis der Reichsbank, macht aus der „Buchhändlermark“ eigentlich eine Goldindexmark, so daß die Bücherpreise nicht nur dem Großhandels- oder Teuerungsindex folgen müssen, denen sie bisher noch keineswegs entsprachen, sondern annähernd den Wechselkursen der goldnahen Währungen. Es ist zu vermuten, daß dieses Verfahren, das die besonderen Kostenverhältnisse und Absatzmöglichkeiten der Buchproduktion unberücksichtigt läßt, nur dann beibehalten werden kann, wenn die einzelnen Verleger ihre als konstant gedachten Grundzahlen gemäß den Schwankungen der Wirtschaftslage ständig revidieren. *) Aber auch dann besteht noch eine erhebliche Gefahr. Wenn die Schlüsselzahl Ausdruck einer allgemeinen Geldentwertung sein will, also sagen will, daß der Wert der Mark vom 8. September bis 12. Oktober um 83½ % (60 : 110) gefallen sei, so werden die Hilfgewerbe, die ihre Sachleistungen in jenem Zeitraum noch nicht um 83½ % gesteigert haben, dies jetzt versuchen, und sich dabei auf die vom Buchhandel in seinem Fachorgan bekanntgegebene Schlüsselzahl berufen. Und gleiche Berufungen sind, wie schon angedeutet, von den Arbeitskräften zu vermuten, die sich mit einem akademischen Hinweis auf den „Streuungsfaktor“ arithmetischer Mittelwerte schwerlich zufrieden geben werden.

Das Beispiel der „Buchhändlermark“ wurde gewählt, weil es sich hier um die sicher sorgfältig durchdachte Maßnahme eines Gewerbes handelt, dem mehr, als manchem anderen, theoretisch geschulte Köpfe zur Verfügung stehen. Die Analyse kann aber auf all die zahlreichen Fälle von Gleitpreisen ausgedehnt werden, über die der „Wirtschaftsdienst“ in den letzten Monaten berichtet hat (vergl.: Nr. 34, S. 835; 35, S. 860; 36, S. 883; 40, S. 973; 41, S. 990; 42, S. 1010). Ein besonders auffälliges Beispiel bietet der von der Reichsgetreidestelle gezahlte Mahhlohn. „Dieser wird aus dem Vorkriegsmahhlohn nach einem Index errechnet, der das arithmetische Mittel zwischen den Reichsmaßzahlen für Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten darstellt“ („W.-D.“ Nr. 40, S. 973). Auch diese Abmachung ist eine theoretisch fehlerhafte Übertragung der Bewegung des Gesamtpreisniveaus auf Kostenelemente, die von sich aus eine eigene und abweichende Bewegungsphase hätten.

Zusammenfassend ergibt sich: Alle Durchschnittsrechnungen verschleiern die Tatsache, daß jeder Produktionszweig seine besondere Preisbewegung hat. Wird ungeachtet dessen von dem falschen Begriff einer irgendwie meßbaren, für alle Waren gleich wirksamen Marktentwertung ausgegangen, so führt dies zunächst zu einer allgemeinen, sich fortwährenden und rasch steigernden Multiplikation aller Preise. Diese beeinflussen aber die Konsummenge, so daß eine neue Anpassung, unter Durchbrechung des Indexsystems, an die speziellen Absatzverhältnisse jeder Ware erfolgen muß, da kein Gewerbe sich mit noch so veredelten „Brief“preisen begnügen kann. Inzwischen hat aber die Währung durch den auf die Reichsbank von den Wirtschaftsverhältnissen her ausgeübten Zwang zur Inflation weiteren Schaden erlitten, ohne daß der Zweck, täglich neuer Beurteilung der Lage durch Gleitpreise überhoben zu sein, dauernd erreicht wäre. Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang, daß der Verein deutscher Maschinenbauanstalten von „Goldpreisen“ abgeraten hat, da die Gefahr des „Totverkaufs“ auch durch Teuerungszuschläge, Preisvorbehalte und schärfere Zahlungsbedingungen vermieden werden könne („W.-D.“ Nr. 40, S. 973). Fehlt diese Einsicht zurzeit, so wird man später, falls die Marktrechnung

überhaupt noch zu retten ist, nach Verwirrung aller Preisrelationen und nach schweren wirtschaftlichen und sozialen Krisen zu ihr zurückkehren müssen.

Mit dieser Kritik soll nun nicht etwa den Bemühungen zum Schutz des Betriebskapitals das Recht bestritten, sondern nur vor dem Irrtum gewarnt werden, als ob es einen mächtigen Zentralmotor gäbe, an den man sich nur anzuschließen brauchte, um seine wirtschaftliche Kapazität ungeschmälert zu erhalten. Statt solchen Verhaltens fordern wir: schöpferische Neubesinnung an jedem Tag. Nur in ihr, in der immer gespannten Haltung, in der wachsamem und klugen Regsamkeit liegt der Geltungsanspruch des wirtschaftlichen Unternehmers begründet, den Massen gegenüber Führer zu sein.

Den auf Gleitrechnungen ruhenden Fehlschlüssen erwächst leider auch aus den Kreisen der Wissenschaft mannigfache Unterstützung. Die Privatwirtschaftslehre erschöpft sich in Bemühungen, den undurchsichtigen Papiermarkbilanzen zuverlässige Erfolgsrechnungen zur Seite zu stellen. Sie übersieht dabei, daß ständige Preisrevolutionen und unausgesetzt schwankende oder gar nur steigende Preise für ausländische Zahlungsmittel in einer hochdifferenzierten Volkswirtschaft keinen Dauerzustand bilden können, und daß es deshalb weit wichtiger ist, diese Unruhe des Ganzen durch stabilisierende Faktoren zu mildern und auszugleichen, als in einer privatwirtschaftlichen Ecke der Weltzusammenhänge eine kleine Goldmarkbilanz aufzumachen. Denn diese Buchhaltungsmetaphysik begehrt, wenn sie sich für die Umrechnung von Bilanzposten auf einen irgenwie gearbeiteten „Index“ stützt, all die logischen Fehler, die solche reale Verwendung einer fingierten Größe mit sich bringen muß. Sie übersieht aber außerdem, daß eine Vermögenswertrechnung, deren Objekte nicht restlos aus dem Nexus der in geltender Mark ausgedrückten Verpflichtungsverhältnisse abgelöst sind, immer noch einer besondern freien Würdigung jeder Einzelposten bedarf, da der „Entwertungsfaktor“ eines abgelaufenen Wirtschaftsjahres noch gar nichts über den „Dauerwert“ eines Gegenstandes am Tage der Bilanzziehung aussagt. Die praktische Bedeutung richtiger Bilanzen für wirtschaftliche und steuerliche Zwecke ist unbestreitbar. Aber mir scheint, daß die juristische Literatur, die statt mechanischer Gleitrechnung eine freie Würdigung aller Umstände unter möglichst elastischer Verwendung der Bestimmungen von §§ 33 a und 59 a des Reichseinkommensteuergesetzes fordert, im übrigen aber eine Dämpfung der Preisveränderungen durch Währungsordnung für das einzig Notwendige erachtet, hier den richtigeren Blick für die Wirklichkeit der Dinge beweist.¹⁾

Nach etwas anderen Normen sind die Versuche zu beurteilen, für persönliche Leistungen Gleitpreise einzuführen, die sich nach dem tatsächlichen Anstieg der Lebenskosten richten. Wer nur seine körperliche oder geistige Arbeitskraft zu Markte trägt, kein eigenes wirtschaftliches Unternehmen führt, ist der Entwicklung der Verhältnisse scheinbar wehrlos preisgegeben. Die Möglichkeit des organisatorischen Zusammenschlusses zur Erzwingung höherer Löhne und Gehälter mag hier als Einwand angebracht werden. Aber ganz abgesehen davon, daß solche Gewerkschaftsaktionen weder für die Grundgehälter noch für die Teuerungszuschläge auch nur im entferntesten die Steigerung aller Lebenskosten erreicht hätten, würden sie auch dann

¹⁾ Zu vergleichen ist hier: Schmalenbach, „Goldmarkbilanz“, Berlin 1922; Lehmann, „Die Geldentwertung als Gesetzgebungsproblem des Privatrechts“, Berlin 1922; Haußmann, Höpker, Rosendorff, „Die steuerliche Bewertung des Vermögens“, Berlin 1922, insbesondere Haußmanns Begriff des Dauerwertes, S. 17; schließlich Geiler, „Die Geldentwertung als Gesetzgebungsproblem des Privatrechts“, Mannheim 1922, eine Darstellung von größter Feinheit konstruktiv juristischen Denkens, gestützt auf eine klare Einsicht in den nominal abstrakten Charakter des Geldes, sofern es Wertmaß ist. Mit diesen Rechtswissenschaftlern erscheint eine Verständigung auch dort leicht, wo abweichende Auffassungen zur Geltung zu bringen wären, sie erscheint beinahe hoffnungslos gegenüber der in zahlreichen privatwirtschaftlichen Schriften bekundeten Einstellung zu wirtschaftlichen Problemen allein aus dem Geist der Buchhaltung.

* Die sehr sorgfältigen Ausführungen von Menz im „Börsenblatt“ Nr. 245 S. 19, Oktober 1922 können die Vermutung, daß fortgesetzte Änderungen der Grundzahlen nötig sein werden, nicht entkräften.

wirkungslos sein, wenn etwa eine „Vollanpassung“ nach Maßgabe einer Teuerungszahl verlangt und zugestanden würde. Denn die neu geschaffene künstliche Kaufkraft müßte mit immer wachsender Beschleunigung die Preise treiben, damit die früher gekennzeichneten inflatorischen Wirkungen nach sich ziehen. In einer Denkschrift des Reichsfinanzministeriums, die in überaus gewissenhafter und theoretisch gründlicher Weise die Fragen der gleitenden Lohn- und Gehaltsskalen untersucht, heißt es sehr treffend²⁾: „Die Verfechter der Vollanpassung wollen die Folgen der Inflation, die Teuerung, durch Vermehrung der Zahlungsmittel beseitigen. Sie übersehen dabei, daß sie auf diese Weise die Inflation erhöhen und damit die Grundlagen für eine kommende vermehrte Teuerung schaffen. Wenn der Gedanke der Vollanpassung richtig wäre, müßte man alle Teuerungen und Mehrausgaben durch Erhöhung der Inflation beseitigen können. Dann aber ist es unverständlich, warum der Staat neue Steuern und Zwangsanleihen einführt, warum er nicht auf dem einfacheren Wege der Vermehrung von Papiergeld die erforderlichen Ausgaben des Staates deckt. Die Folgen einer durch die Einführung der Vollanpassung notwendig gegebenen fortschreitenden Inflation werden schließlich auch zum Zusammenbruch der Industrie führen müssen. Volkswirtschaftlich würde das Geld aufhören, ein allgemeiner Wertmesser zu sein. Die folgerichtige Durchführung des Gedankens der Vollanpassung würde also schließlich dem Gelde den Charakter des allgemeinen Zahlungsmittels überhaupt nehmen.“

In Österreich ist die Vollanpassung in großem Umfange eingeführt worden, mit all den Wirkungen, die diese volkswirtschaftliche Selbsttäuschung haben mußte. Die tiefe Fragwürdigkeit aller Indexrechnungen kann aber nicht besser beleuchtet werden, als durch die Tatsache, daß der maßgebende Index in paritätischen Verhandlungen festgesetzt wurde (vergl. Denkschrift S. 13). Damit hebt sich der Automatismus der Index-

²⁾ Denkschrift über die selbsttätig gleitende Gehalts- und Lohnskala. Reichstg. 1. Wahlperiode. 1920/1922. Drucksache Nr. 5007, S. 13.

zahl gerade bei seiner extremsten Verwendung selbst wieder auf und schlägt in das Zerrbild dessen um, was auch hier wieder allein helfen kann: eine freie Würdigung aller wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Faktoren.

Nur solcher Mut zur Wirklichkeit kann vor verderblicher Täuschung schützen. Die Reparationskrise ließ sich verschleppen, so lange das Ausland — nach Keynes' Worten — mit der ökonomischen Kurzsichtigkeit von „bankers and servant girls“ Marknoten kaufte und sich einbildete, durch sie die begehrtete Kriegsentschädigung von Deutschland zu erhalten. Mit den stärksten Argumenten hat Deutschland immer wieder das Ausland vor diesem Selbstbetrug gewarnt, zumal es nicht schwer war, vorauszusehen, daß ihm hieraus eines Tages der heuchlerische Advokatenvorwurf des absichtlich herbeigeführten Währungsbankerotts gemacht werden würde. Diese Epoche ist jetzt abgeschlossen und wir haben kein Interesse daran, sie zu verlängern und den im Ausland schwimmenden Bestand an Marknoten zu vergrößern.

Pflicht jedes einzelnen und der Regierung ist jetzt, alle scheinhaften Mittel in ihrer Wirkungslosigkeit aufzudecken und dem Auslande erneut darzutun, daß wir am Ende der Leistungsmöglichkeit stehen. Nicht Indexpreise, Indexbilanzen und Indexlöhne können helfen, die schließlich nur zu einer ungeheuren volks- und finanzwirtschaftlichen Wechselreiterei führen würden, sondern nur ein wirklicher, aufrichtiger Zahlungsaufschub. Die Frist hätte Deutschland dann aber zu benutzen, um seine Arbeitsleistung zwecks Linderung der Unterkonsumtion zu steigern, seine Finanzen zu ordnen und seine Zahlungsbilanz schärfer als bisher von überflüssigen Waren zu entlasten. Bis dahin aber gilt es, die Folgen einer Markpanik ernst und klar zu überblicken, denn das letzte Geheimnis der Geltung einer Währung liegt trotz aller totgläubigen Stoffverehrer nicht im Golde, sondern in dem Willen einer Gemeinschaft, dies von ihr geschaffene Symbol auch über Zeiten unerhörter Spannung zu retten.

Eduard Rosenbaum

Koalitionsende und Neuwahlen in England

Die Koalition ist „wie eine überreife Birne vom Baum gefallen, die innerlich so durch und durch faul ist, daß niemand sich bückt, um zu sehen, was an ihr ist und war.“ Diese Formulierung eines konservativen Blattes entspricht durchaus der Auffassung aller Kreise des englischen Volks, ob konservativ, liberal oder Labour. Er ist nicht nur seiner Tendenz, sondern auch seinem Wortlaut nach insofern richtig, als wir in der englischen Presse bislang noch nicht einmal einen Nachruf für die Koalition gefunden haben, der die großen Taten, die sie vollbracht hat, einigermaßen ausführlich gewürdigt hätte. In dieser Beziehung tut man in England der Koalition fraglos unrecht, denn sie hat doch mancherlei geleistet, wiewohl es heute den Anschein hat, als seien alle ihre Taten fehlerhaft gewesen.

Auch für England war der Vertrag von Versailles verfehlt, denn er hat aus Frankreich die Vormacht in Europa geschaffen. Dieses marschiert nun, um ein englisches Bild zu gebrauchen, in den ausgetretenen deutschen Militärstiefeln weiter, und ist darin ein gefährlicher Rivale Englands geworden, als Deutschland es je gewesen ist. Aber dieses Ende des Kriegs war vielleicht mehr Lloyd George, als der Koalition zuzuschreiben, die unter Asquith zu einem besseren Frieden bereit gewesen wäre.

Die sozialen Reformen, vor allem die Arbeitslosenversicherung, sind fraglos große Errungenschaften. Das irische Abkommen wird vielleicht später ebenfalls als ein Schritt auf dem richtigen Wege anerkannt werden; das gleiche gilt für die Ver-

fassungsreform in Indien. Daß die Dominions in ihrer politischen Stellung selbständiger geworden sind, was sich z. B. darin äußert, daß sie dem Völkerbund als Staaten beigetreten sind, wird man höchstens bei ganz engem konservativem, großbritannischem Geist beklagen können, sonst wird es in England ebenfalls allgemein als Fortschritt anerkannt.

Wir haben im vorgehenden nur einiges wiedergegeben, was die Koalition geleistet hat und was fraglos in der englischen Geschichte stets als Großes bezeichnet werden wird; heute steht man diesen Ereignissen in England allerdings noch so nahe, daß man nur die Schattenseiten, nicht aber die Vorzüge sieht. In Indien und Irland gärt es noch immer, der Weltkrieg hat eine wirtschaftliche Krise heraufbeschworen, die Millionen und Abermillionen von Menschen arbeitslos macht usw. Aber das Schlimmste, was man der Koalition zuschreiben hätte, übersieht man in England ganz, daß sie unter dem Demagogen Lloyd George die bürgerliche Demokratie des englischen Volkes zu einer Ochlokratie umgebaut hat. Das ist geschehen durch die Parlamentsreform aus dem Jahre 1918. Diese Reform krönt das Lloyd Georgesche Verfassungswerk und zieht durch kurze Wahlperioden und Vermehrung der jugendlichen Wähler die Politik in die Straße.

Seit über einem Jahr ist Lloyd George daher bestrebt, und mußte es sein, eine günstige Parole für seine Wahlen zu finden. Der erste Versuch, Genua zu diesem Zweck auszuschlachten, scheiterte an dem kläglichen Ergebnis, das die Konferenz gehabt hat; den zweiten Versuch stellt die Lösung der klein-